

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Arbeitslosigkeit - Luftverkehr - EG - EG-Südkorea - Verschuldung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1988) : Kurz kommentiert: Arbeitslosigkeit - Luftverkehr - EG - EG-Südkorea - Verschuldung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136354>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitslosigkeit Tarifpartner gefordert

Zur Jahreswende hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, ein Bündel von Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Unter anderem fordert er die Tarifpartner zu einer stärkeren sektoralen und regionalen Lohndifferenzierung auf. Konkret schlägt er vor, im Tarifvertrag Mindestbedingungen zu regeln und gleichzeitig eine übertarifliche Spanne – je nach Branchenzugehörigkeit, Standort, Größe, Struktur und Leistungsfähigkeit der Betriebe – zu ermöglichen. Frankes Vorschlag ist nicht neu, dies mindert aber nicht seine Bedeutung. Denn offensichtlich sind in der Bundesrepublik Löhne und Gehälter nicht ausreichend differenziert; das zeigen auch Ergebnisse von Unternehmensbefragungen. Ein höherer Grad an Lohndifferenzierung wäre ein Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems.

Vor allem kommt der Vorschlag zum richtigen Zeitpunkt. Die Arbeitsmarktbilanz für 1987, die gerade vorgelegt wurde, ergibt nach einem noch merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 1986 nun nur Stagnation. Und das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums wird in diesem Jahr voraussichtlich nicht für eine Beschäftigung aller neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Personen ausreichen; deren Zahl wird vermutlich nur wenig geringer sein als im abgelaufenen Jahr. Per saldo wird die Arbeitslosigkeit bei dem zu erwartenden Wachstum von 1,5% wahrscheinlich auf rund 2,3 Mill. steigen und damit den Höchststand des Jahres 1985 wieder erreichen. Vor diesem Hintergrund laufen in nächster Zeit in einigen größeren Tarifbereichen Verhandlungen an. Die Tarifpartner sollten dabei ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Arbeitsmarkt mehr Rechnung tragen und die Chancen einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik stärker nutzen. sp

Luftverkehr Konkurrenz für die Lufthansa?

Das Charterflugunternehmen Aero Lloyd Flugreisen GmbH & Co Luftverkehrs KG will zur nächsten Wintersaison den Liniendienst zwischen den bedeutenden Flughäfen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen, sofern das Bundesverkehrsministerium

diesem Vorhaben zustimmt. Damit würde die Lufthansa, die bislang im Inland – außer im Regionalluftverkehr – eine Monopolstellung einnahm, Konkurrenz bekommen. Denn die Regionalflieger, die entweder Strecken zwischen kleineren oder von kleineren zu internationalen Flughäfen bedienen, sind eher Ergänzung als Konkurrenz zum Lufthansanetz, zumal daß größte Regionalluftunternehmen, die DLT, eine 40%ige Tochter der Lufthansa ist.

Die bisher erfolgreiche Charterfluggesellschaft Aero Lloyd, die über eine gut ausgerüstete Flotte verfügt, läßt auf eine Belebung des Wettbewerbs durchaus hoffen. Sie bietet ihre Flüge um ungefähr ein Drittel günstiger an als die Lufthansa, wobei schon bei einer Auslastung von 60% das jetzige beträchtliche Chartergewinnniveau erreicht werden soll. Da zunächst ausschließlich die lukrativen Strecken, wie Hamburg-München, Hamburg-Frankfurt etc., morgens und abends bedient werden sollen, sind sowohl dieser Auslastungsgrad als auch die beabsichtigten Tarife durchaus realistisch.

Offen bleibt allerdings aufgrund der bisherigen Erfahrungen, ob die Lufthansa sich tatsächlich dem Wettbewerb stellt und ihre Preise anpaßt oder statt dessen – wie im Falle der Germania Fluggesellschaft, die ebenfalls geplant hatte, im Linienflug zu konkurrieren, bereits geschehen – den potentiellen Konkurrenten einfach aufkauft. cw

EG Druck vom Rechnungshof

Der jetzt vorliegende Jahresbericht des EG-Rechnungshofes für 1986 geht mit dem gemeinschaftlichen Haushaltsgebaren hart ins Gericht. Das ist nicht verwunderlich, vergegenwärtigt man sich, daß die Gemeinschaft schon mehrere Jahre hintereinander elementare Prinzipien ihrer Finanzverfassung verletzt. Immer wieder ist es zu Verstößen gegen die Grundsätze der Vollständigkeit und Jährlichkeit gekommen. Nur durch Tricks und Verschleierungsmanöver wurden auf dem Papier die Haushaltsgrenzen eingehalten, dies allerdings auf Kosten der Zukunft der Gemeinschaft.

Die EG-Prüfer wollen mit ihrer analytischen Berichterstattung wohl nicht zuletzt zusätzlichen Druck auf die Regierungschefs ausüben, damit diese endlich die notwendigen grundlegenden Reformen zur Überwindung der – in ihrem Kern agrarpolitisch bedingten – Finanz-

krise durchführen. Der Rechnungshof geht denn auch intensiv auf die desolote Agrarpolitik in der Gemeinschaft ein. Die zur Verbesserung der Haushaltsdisziplin vom Europäischen Rat 1984 beschlossenen, in Fontainebleau bestätigten und schließlich vom Ministerrat in Dublin implementierten Maßnahmen haben kaum Wirkung gezeigt. Die Agrarausgaben wurden nicht in den entsprechenden Grenzen des „Bezugsrahmens“ und der „Finanzrichtlinien“ gehalten. Dafür wurde an den Symptomen der agrarischen Überschußproduktion herumlaboriert.

Die Bundesrepublik tritt die Präsidentschaft in der Gemeinschaft in einer schwierigen Situation an. Sollte es ihr allerdings in dieser Situation gelingen, die grundlegenden finanz- und agrarpolitischen Reformen auf den richtigen Weg zu bringen, so hätte sie sich große europapolitische Meriten erworben. Voraussetzung dafür ist aber ein erhebliches agrarpolitisches Umdenken auf deutscher Seite. kr

EG-Südkorea

Handelspolitische Strafaktion

Neben Japan geraten zunehmend die südostasiatischen Schwellenländer Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan in das Kreuzfeuer der Handelspolitik westlicher Industrieländer. In den USA ist das wachsende Handelsdefizit gegenüber den vier „Drachen“ schon seit längerem ein Stein des Anstoßes und Anlaß handelspolitischer Interventionen. Diese waren in mehreren Fällen von Erfolg gekrönt, der freilich zum Teil zu Lasten dritter Länder geht. So klagt z.B. die EG über eine diskriminierende Behandlung europäischer Exporteure in der Frage des Schutzes der Eigentumsrechte in Südkorea: Die den USA gesetzlich zugestandenen Verbesserungen des Patentschutzes blieben der Gemeinschaft vorenthalten, zum Nachteil insbesondere der – in Südkorea bisher erfolgreicher als die amerikanische Konkurrenz agierenden – europäischen pharmazeutischen und chemischen Industrie. Als Vergeltungsmaßnahme hat der EG-Ministerrat beschlossen, Südkorea die allgemeinen Handelspräferenzen für Entwicklungsländer zu entziehen.

Die Gemeinschaft macht damit erstmals von diesem in den USA schon mehrfach eingesetzten handelspolitischen Druckmittel Gebrauch. Auch wenn es im vorliegenden Fall Erfolg haben sollte und die Sache der EG gerecht erscheint, so wird doch nur am Symptom kuriert. Die USA werden sich durch die Strafaktion der EG

kaum davon abhalten lassen, ihre Handelsinteressen auch weiterhin auf bilateralem Wege zu verfolgen, ohne sich sonderlich um das Nichtdiskriminierungsgebot des GATT zu scheren. Das Übel der Diskriminierung im internationalen Handel läßt sich nur durch bindende multilaterale Vereinbarungen wirksam bekämpfen. Das richtige Forum zur Durchsetzung eines nichtdiskriminierenden internationalen Schutzes des geistigen Eigentums ist daher die laufende GATT-Runde. ko

Verschuldung

Neues Verfahren

Zum Jahresende 1987 präsentierten das Bankhaus Morgan, das amerikanische Schatzamt und die mexikanische Regierung einen neuen Beitrag zur Lösung der Schuldenprobleme dieses lateinamerikanischen Staates: Das Schatzamt verkauft Anfang dieses Jahres Nullkuponanleihen im Nennwert von vorerst 10 Mrd. US-\$ und einer Laufzeit von 20 Jahren an Mexiko. Für die abgezinsten Papiere müssen die mexikanischen Schuldenmanager etwa 2 Mrd. US-\$ aufwenden. Gleichzeitig legt die mexikanische Regierung eine ebenfalls 20jährige Anleihe mit einem Zins von 1 $\frac{1}{8}$ Prozentpunkten über LIBOR auf. Als Rückzahlungsgarantie dienen die amerikanischen Zerobonds, die zu diesem Zweck bei der Federal Reserve Bank von New York hinterlegt werden. Mexiko wird die eigene Anleihe in einer Auktion den Gläubigerbanken im Tausch gegen alte Forderungen mit einem Abschlag anbieten.

Dieses Verfahren scheint auf den ersten Blick allen Beteiligten einen Anreiz zum Mitmachen zu bieten: Die Banken erhalten für einen Teil ihrer dubiosen Forderungen Papiere, deren Marktgängigkeit durch die Rückzahlungsgarantie des US-Schatzamt recht hoch einzuschätzen ist. Der damit verbundene Forderungsverzicht ist zum einen durch massive Rückstellungen im vorigen Jahr vorbereitet worden und wird zum anderen durch einen höheren Zins auf die neuen Papiere versüßt. Mexiko kann aber trotz des höheren Zinssatzes mit einer Verringerung der Gesamtzinslast rechnen, weil ein Teil der Verbindlichkeiten gestrichen wird. Das US-Schatzamt seinerseits diversifiziert die Quellen zur Finanzierung des Haushaltsdefizits. Außerdem steigt das Ansehen der amerikanischen Regierung bei den Schuldnerstaaten. Ungewiß bleibt indessen, ob die mexikanische Volkswirtschaft die Zinsen für die neuen Kredite und für den Rest der Altschulden abwirft. Das aber ist der Kern aller Verschuldungsprobleme. ho